https://gen-ethisches-netzwerk.de/node/2728

Gen-ethischer Informationsdienst

„Verhindern Sie TTIP!”

Ein Brief an die neuen Bundestagsabgeordneten

AutorIn
ATTAC

ATTAC, das insbesondere durch seine Kampagne für eine Besteuerung von Finanz-Transaktionen bekannt gewordene Netzwerk kritischer Gruppen und Einzelpersonen, startet eine Kampagne gegen das geplante Freihandels- und Investitionsschutzabkommen TTIP. Wir dokumentieren hier einen Brief, den ATTAC Anfang November an die neu gewählten Mitglieder des Deutschen Bundestages geschickt hat.

An die Mitglieder des Deutschen Bundestages. „[D]ie Herausforderungen, vor denen Sie als Mitglied des neu gewä?hlten Bundestages stehen, sind enorm. Eurozonen-Krise, soziale Ungleichheit, prekä?re Beschäftigungsverhä?ltnisse und Energiewende sind nur einige Stichworte. Heute schreiben wir Ihnen anlä?sslich eines politischen Projektes, das all diese Bereiche berü?hrt: die zwischen der EU und den USA angestrebte Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP). Wir sind anlä?sslich der Pläne zur Schaffung der größten Freihandelszone der Welt sehr besorgt. Auch wenn der EU-Kommissar De Gucht die TTIP als eine Art kostenloses Konjunkturpaket preist - die zu erwartenden Wachstums- und Beschä?ftigungseffekte sind gering. So geht sogar die freihandelsfreundliche und selbst an dem Abkommen interessierte Bertelsmann-Stiftung beispielsweise fü?r Deutschland je nach Szenario lediglich von einem Anstieg der Beschä?ftigung um 0,12 bzw. 0,47 Prozent aus - verteilt ü?ber einen Zeitraum von fü?nfzehn Jahren. Demgegenü?ber steht vor allem die Gefahr einer weiteren Vertiefung des Standortwettbewerbs, einer Verringerung demokratischer Gestaltungsmö?glichkeiten und eines Abbaus sozialer und ö?kologischer Standards. Unsere Besorgnis bezieht sich hauptsä?chlich auf die folgenden Bereiche:

Investitionsschutz:

Laut dem Verhandlungsmandat der EU-Kommission soll ein Investitionsschutzabkommen Teil des Vertrags werden. Konzerne sollen das Recht bekommen, die Vertragsstaaten vor einem Schiedsgericht zu verklagen, wenn eine „direkte oder indirekte Enteignung“ droht. Einerseits wird dadurch eine parallele Rechtsstruktur jenseits demokratischer Kontrolle geschaffen, die die Standards unseres modernen Rechtssystems untergrä?bt. Andererseits kö?nnen Investor-Staat-Klagen demokratische Entscheidungsspielrä?ume schmälern, wenn Konzerne entsprechende Regulierungsmaßnahmen (Umweltstandards, Sozialstandards etc.) wegklagen kö?nnen.

Finanzmarktregulierung:

Die globale Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise hat gezeigt, dass unregulierte Finanzmä?rkte eine Gefahr für Wirtschaft und Gesellschaft bedeuten. Auch fünf Jahre nach dem Kollaps von *Lehman Brothers* ist nicht ausgeschlossen, dass weitere Finanzkrisen mit ä?hnlichen Dominoeffekten wie 2007ff eintreten. Viele notwendige Maßnahmen wurden nicht ergriffen. Lediglich einige zaghafte Ansä?tze wurden auf den Weg gebracht. Alles deutet darauf hin, dass die EU-Kommission es in den Freihandelsverhandlungen billigend in Kauf nimmt, dass diese Ansä?tze wieder ausgehebelt werden.

Vorsorgeprinzip und Verbraucherschutz:

Zwischen der EU und den USA gibt es erhebliche Unterschiede bei Produktstandards, Kennzeichnungspflichten, Gesundheitsstandards u.v.m. Bei der TTIP-Verhandlung soll eine mö?glichst weitreichende Angleichung herbeigeführt werden. Die TTIP kö?nnte so dem umweltschädlichen Fracking, gentechnisch verä?nderten Nahrungsmitteln u.v.m. Tü?r und Tor öffnen und die gesundheitliche Grundversorgung weiter aushöhlen.

ArbeitnehmerInnenrechte:

Die USA haben zentrale ILO-Normen betreffend gewerkschaftlicher Organisationsrechte nicht unterzeichnet. In Teilen der USA herrscht eine regelrecht gewerkschaftsfeindliche Politik. Die TTIP kö?nnte bei einer Angleichung entsprechender Standards eine erhebliche Schwächung der ArbeitnehmerInnen in der EU bedeuten.

Kultur:

Kulturelle Vielfalt kann es ohne Fö?rderung und Schutz nicht geben. Die TTIP gefä?hrdet bspw. die Filmfö?rderung und die Buchpreisbindung. Die Kultur nur dort sich entwickeln zu lassen, wo sie nach Marktkriterien profitabel ist, bedeutet kulturelle Verarmung.

Ö?ffentliches Beschaffungswesen:

Durch eine vollstä?ndige Öffnung des öffentlichen Beschaffungswesens fü?r Anbieter des jeweils anderen TTIP-Partners wü?rde es kü?nftig schwerer werden, ökologische und soziale Aspekte bei der Auftragsvergabe einzubeziehen. Genau darauf pocht die EU in den Verhandlungen. Wir verstehen die TTIP-Verhandlungen daher als eine Bedrohung fü?r soziale Rechte, Verbraucherschutz und Umwelt. Die Verhandlungen werden ohne demokratische Kontrolle durchgefü?hrt. Vorbereitet wurden die Verhandlungen von der transatlantischen „High Level Working Group on Jobs and Growth“. Kein einziges Mitglied dieser Gruppe hatte ein demokratisches Mandat. Dass ein ü?bergroßer Anteil der externen Expertise von Unternehmen und Wirtschaftsverbä?nden kam, während Sozial-, Umwelt- und Verbraucherschutzverbä?nde kaum Einfluss nehmen konnten, machte ein ausgeglichenes Verfahren zu allseitigem Nutzen völlig unmöglich. Die Verhandlungen selbst werden seitens der EU von der Kommission gefü?hrt, die hierzu ein wenig konkretes, aber weitreichendes Mandat des Europä?ischen Rates erhielt. Demokratisch gewä?hlte VertreterInnen der Mitgliedsländer sind an den Verhandlungen nicht beteiligt. Der Einfluss der Parlamente - Ihr Einfluss - beschrä?nkt sich allein darauf, dem Verhandlungsergebnis zuzustimmen oder nicht. Der aktuelle Prozess zu einer transatlantischen Freihandelszone ist demokratisch organisierten Gesellschaften nicht wü?rdig. Die potenziellen Folgen eines ratifizierten Freihandelsvertrages sind ä?ußerst Besorgnis erregend und widersprechen gesellschaftlichen Interessen fundamental. Attac setzt sich ein fü?r eine solidarische und ökologische Weltwirtschaft. Deshalb fordern wir einen Stopp der TTIP-Verhandlungen. Auch unter dem Eindruck der jü?ngsten Datenschutz- und Abhö?rskandale verbietet sich jede weitere Fortsetzung der intransparenten Verhandlungen. Die durch den Abhö?rskandal offenbarten Methoden und Mö?glichkeiten der Informationsbeschaffung von Geheimdiensten lassen nur den Schluss zu, dass die bisherige Praxis, strategische Geheimverhandlungen zu fü?hren, überholt ist. Zum einen, weil ohnehin nichts mehr geheim bleibt, zum anderen aber vor allem, weil die Bü?rger ein Recht darauf haben, ihre

Gesellschaften aktiv gemeinsam zu gestalten und nicht bevormundet zu werden. Wir befü?rchten, dass die Bü?rgerInnen-Rechte durch ein transatlantisches Projekt wie die TTIP weiter geschwä?cht würden. Wir fordern Sie daher auf: Nehmen Sie Ihr Mandat ernst! Handeln Sie zum Wohle und im Interesse der Allgemeinheit! Widersprechen Sie der undemokratischen Praxis der TTIP-Verhandlungen! Ü?ben Sie Druck auf die Bundesregierung und die EU-Institutionen aus! Setzen Sie sich dafü?r ein, TTIP zu verhindern!
Mit freundlichen Grüßen im Namen von Attac Deutschland Hanni Gramann (Attac Koordinierungskreis), Dr. Harald Klimenta (Wissenschaftlicher Beirat Attac), Steffen Stierle (Kampagnengruppe „TTIP stoppen!")
Wir danken ATTAC für die Genehmigung zum Abdruck.

Informationen zur Veröffentlichung

Erschienen in:
GID Ausgabe 221 vom Januar 2014
Seite 39 - 40